Der deutsche Correspondent.

Baltimore, den 4. Februar 1858.

Neuestes.

Der Präsident ist uns zuvorgekommen und hat die in Lecompton, Kansas, entworfene Constitution bereits vorgestern, begleitet von einer, die Passirung derselben empfehlenden Botschaft, dem Congresse überschickt. Die Botschaft wurde sogleich vorgelesen und fand in den Gallerien und auf der Flur des Senates eine außerordentliche Zuhörermenge. Für solche, denen es zur Durchlesung des ganzen Dokumentes an Zeit und Lust mangelt, wird folgender Auszug genügen: Der Präsident zählt zunächst alle Umstände auf, welche die Vorfälle in Kansas begleiteten und beweist aus verschiedenen Mittheilungen des Gouverneurs Walker, daß die Freistaats-Partei sich im Zustande der Rebellion befand und daß zur Vermeidung von Blutvergießen und zur Aufrechthaltung der Ordnung es unumgänglich nothwendig war, eine Ver. St. Truppen-Garnison in Kansas zu belassen. Die Botschaft erklärt, daß die Convention von Lecompton in gesetzlicher Weise constituirt war und ihre Verhandlungen rechtsgültig seien. Das Volk, sagt Herr Buchanan, hatte vollkommene Gelegenheit, für die Abgeordneten zu jener Convention zu stimmen und die von ihr entworfene Constitution bei der Abstimmung am 21. Dezember zu rattificiren. Allein der Entschluß der Freistaats-Partei, die Autorität der Topeka-Regierung zu behaupten, habe dieselbe veranlaßt, an der Abstimmung nicht Theil zu nehmen. Ein besserer Geist, fährt der Präsident fort, waltete am 4. Januar vor und die Wahlen wurden heftiger bestritten, was aus der größeren, an jenem Tage abgegebenen Stimmenzahl hervorgeht. Die Hoffnung war vorhanden, daß man auf fernere Rebellion zu Gunsten der Topeka-Regierung verzichtet habe. Wenn Betrügereien bei den Wahlen stattfanden, so habe das Volk in Kansas die Mittel und die Gewalt in den Händen, ohne Einmischung der Bundes-Regierung dagegen einzuschreiten. Das Volk habe einen Gouverneur, eine Gesetzgebung u. s. w. erwählt und nunmehr um die Aufnahme in die Union nachgesucht. Was ihn, (den Präsidenten,) anbetreffe, so sei er entschieden zu Gunsten der Aufnahme von Kansas in die Union mit der Lecompton-Constitution. Dieser Schritt würde die Grundsätze des Nebraska-Kansas-Gesetzes ausführen, indem er es dem Volke überlasse, seine inneren Angelegenheiten in einer ihm convenirenden Weise zu ordnen. Als eine Frage der Räthlichkeit beweist Hr. B., daß die Aufnahme von Kansas am Besten den innern Frieden des Landes aufrecht erhalten und die Selbstständigkeit des Volkes von Kansas begründen würde. Sei eine Mehrheit des Volkes zu Gunsten der Abschaffung der Sklaverei, so könne es nicht verhindert werden, in dieser Beziehung seinem eigenen Ermessen zu folgen. Es sei absurd, zu behaupten, daß diese Macht und dieses Recht gefesselt werden könnten. Könne dieses auf 10 Jahre geschehen, so dürfte es ebensogut auf 100 der Fall sein.

Werde Kansas als Staat in die Union aufgenommen, so könnten die Ver. St. Truppen von dort zurückgezogen werden. Dieses sei wohl zu beherzigen, um so mehr, da dieselben in Utah für den Landesdienst erforderlich seien. Die Botschaft schließt damit, daß der Präsident erklärt, sein öffentliches Leben nähere sich dem Schlusse und daß er keinen anderen Wunsch hege, als den, die dunkeln Wolken zu zerstreuen, welche durch die Frage der Aufnahme von Kansas in die Union sich über das Vaterland zusammengezogen haben.

Der Vorlesung der Botschaft folgten in beiden Häusern des Congresses sofort die heftigsten Debatten und alle gestern von Washington eingegangenen Berichte stimmen dahin überein, daß ein Sturm im Anzuge ist, der auf lange Jahre für das Wohl u. Wehe der Republik entscheidend sein wird.

Der „kleine Riese" Douglas trat im Senate an die Spitze der Opposition, und legte den Protest der Legislatur von Kansas gegen die Lecompton Constitution vor. Im Hause versuchte Hr. Harris von Illinois vergeblich, im Sinne der Administrations-Partei eine Vertagung durchzusetzen und wurde mit 109 gegen 105 Stimmen niedervotirt. Die größte Aufregung gab sich in der Debatte kund und bittere Invective wurden hin- und hergeschleudert. Gestern wurde die Lecompton-Constitution nebst der Botschaft Buchanan's in beiden Häusern dem Territorial-Comite überwiesen, welches wohl in einigen Tagen Bericht erstatten wird. Mittlerweile können wir uns darauf gefaßt machen, daß die Congreß-Debatten das ganze Land in außerordentliche Bewegung versetzen werden. Die vorliegende Entscheidung bringt uns direkt gegenüber jener großen Gefahr, welche die Patrioten des Landes von den alten Colonialzeiten bis auf die Gegenwart fürchteten. Die Krisis kann durch kein Compromiß mehr verscheucht werden. Es bleibt sich zwar für die Zukunft von Kansas gleich, ob es als Sklaven- oder freier Staat in die Union aufgenommen wird: seine Bestimmung als Staat ohne Sklaverei betrachten wir als längst entschieden! Aber es gilt der Alternative südlicher Unterwerfung unter den Willen des Nordens, oder dem bittersten Widerstande des Südens. Siegen die Gegner der Lecompton-Constitution, und der Anschein dazu ist vorhanden, so ist das Urtheil über den Süden gesprochen und Calhoun's Prophezeihung, daß die Trennung der Union früher oder später erfolgen müsse, dürfte in Erfüllung gehen. Hr. Buchanan kämpft in seiner Botschaft nicht für das Prinzip der Sklaverei; er vertheidigt die Lecompton-Constitution nicht, weil sie dem Süden nominelle Conzessionen macht: Er wendet sich an den Patriotismus des Landes, um die drohende Gefahr durch ein abermaliges Compromiß abzuwenden. Aber eine gewaltige Phalanx steht ihm gegenüber. Politische Interessen verbinden sich mit dem redlicheren Bestreben, ein für allemal über die Zukunft des Landes, soweit die Sklavenfrage damit verbunden ist, das Urtheil zu sprechen. Va banque! Die Stunde der Entscheidung naht. Giebt es in unserer, an so vielen Gebrechen leidenden Republik genügende patriotische Aufopferungsfähigkeit, das Land vor Anarchie zu bewahren? Gott gebe es.

Ueber die Visite des Mormonen Bernhisel bei Buchanan verlautet, daß der Letztere die Vorschläge des Delegaten von Utah abgewiesen habe, da dieselben nicht von Brigham Young ausgegangen seien. Bernhisel erklärte dem Präsidenten, daß die Mormonen durchaus friedlich gesinnt seien und die anderweitigen Angaben über den Charakter derselben keinen Glauben verdienen.

Neue, von der Utahexpedition eingegangene Berichte melden, daß die Truppen sich in guten Quartieren befinden und vier neue Volontair-Compagnien in den Dienst genommen worden seien.

Der Delegat Doolittle von Wisconsin hat im Congresse den bemerkenswerthen Antrag gestellt, daß die Regierung mit Spanien wegen des Ankaufes von Cuba in Unterhandlung trete. Ein derartiger Antrag aus dem Süden würde weniger auffallend sein, aber, vom „freien" Westen gemacht, ist derselbe bezeichnend!

Der Freibeuter Anderson und die gleichzeitig mit ihm verhafteten „Befreier" Nicaragua's sind in Mobile angekommen.

Santa Anna soll sich nun doch nicht auf dem Wege nach Mexiko befinden, sondern ruhig in seinem Verstecke in New-Granada sitzen.

Daß Cuba den Spaniern was einbringt, kann man daraus entnehmen, daß General Concha im Januar den Ueberschuß der Einnahmen des letzten Jahres, $6,000,000, nach Madrid geschickt hat.

Aus der Botschaft des Präsidenten.

Ich habe von Hrn. Calhoun, dem Präsidenten der früheren constitutionellen Convention von Kansas, eine gesiegelter Weise von ihm selbst certifizirte Abschrift der von jener Körperschaft entworfenen Constitution empfangen und es ist dabei die Hoffnung ausgesprochen worden, daß ich dieselbe zu dem Zwecke der Zulassung von Kansas als unabhängiger Staat in die Union der Erwägung des Congresses unterbreiten würde.

Diesem Gesuche gemäß übermittele ich hiermit dem Congresse für seine Thätigkeit die Constitution von Kansas nebst der die öffentlichen Ländereien betreffenden Verordnung wie auch den Brief Hrn. Calhoun's, welcher Lecompton, den 14. Jan., datirt ist und dieselben begleitete.

Da ich nur eine einzige Abschrift der Constitution und Verordnung empfangen habe, so sende ich diese an den Senat.

Die öffentliche Meinung scheint von einer großen Täuschung in Bezug auf den Stand der Parteien in Kansas erfüllt zu sein. Dies kommt von der Schwierigkeit, die Bevölkerung Amerika's zu der Ueberzeugung zu bringen, daß irgend ein Theil von ihr sich im Zustande des Aufstandes gegen die Regierung, unter welcher sie lebt, befinden könnte.

Wenn wir von den Angelegenheiten Kansas' sprechen, so sind wir geneigt, blos auf die Existenz zweier heftiger politischer Parteien in jenem Territorium, welche durch die Sklavenfrage getrennt sind, Bezug zu nehmen, gerade wie wir von solchen Parteien in den Staaten sprechen.

Allein dies giebt keinen entsprechenden Begriff von der Lage des Falles. Die Trennungslinie befindet sich dort nicht zwischen zwei politischen Parteien, die beide die gesetzliche Existenz der Regierung anerkennen, sondern zwischen solchen, welche dieser Regierung treu ergeben sind und solchen, die sich bemüht haben, ihre Existenz durch Gewalt und Usurpation zu vernichten — zwischen solchen, welche die von dem Congresse eingesetzte Territorial-Regierung unterstützten, und solchen, welche Alles, was nur in ihrer Macht stand, aufgeboten haben, um dieselbe über den Haufen zu werfen.

Diese Regierung würde längst umgestürzt worden sein, wenn sie nicht durch die Truppen der Ver. St. gegen Angriffe geschützt worden wäre.

Wer die neulich dem Senate mitgetheilte Correspondenz Gouverneur Walker's mit dem Staats-Departement gelesen hat, wird die Ueberzeugung gewonnen haben, daß diese Schilderung nicht übertrieben ist. Er protestirte stets gegen die Entfernung eines Theiles der Streitmacht der Ver. Staaten aus jenem Territorium, da er deren Gegenwart für durchaus nothwendig zur Erhaltung der regelmäßigen Regierung und der Durchführung der Gesetze hielt.

In seiner allerersten Depesche an den Staats-Sekretair, die vom 2. Juni 1857 datirt ist, schreibt er: „Indessen geht aus der Versammlung der sogenannten Topeka-Legislatur eine höchst bedrohliche Bewegung hervor, da dieselbe einen ganzen Gesetzescodex zu beschließen bezweckt. Natürlich wird es mein Bestreben sein, solch' ein Ereigniß zu verhüten, da es zu einer unvermeidlichen und beklagenswerthen Collision und in der That zu einer Erneuerung des Bürgerkrieges in Kansas führen würde."

Dies ward indessen durch die Anstrengung Gouverneur Walker's verhindert; bald mußte er jedoch den Gen. Harney ersuchen, ihm ein Regiment Dragoner zuzusenden, um gegen die Stadt Lawrence zu ziehen und dies aus dem Grunde, weil er die sichere — und durch seine eigene thatsächliche Beobachtung bestätigte — Nachricht empfangen hatte, daß eine gefährliche Rebellion, welche offenen Trotz gegen die Gesetze und die Errichtung einer insurrektionellen Regierung in jener Stadt bezwecke, Statt gefunden habe.

In der Depesche des Gouverneurs vom 15. Juli theilt er dem Staats-Sekretair mit, daß „die Bewegung in Lawrence der Anfang eines in jener Stadt ausgeheckten Planes wäre, eine Insurrektion im ganzen Territorium und besonders in allen Flecken, Städten und Counties, wo die republikanische Partei eine Majorität besitze, zu organisiren."

„Lawrence ist das Mistbeet (hotbed) aller Abolitionsbewegungen in jenem Territorium. Es ist die von den Abolitionsgesellschaften des Ostens gegründete Stadt und während sich dort auch eine Anzahl achtungswerther Leute befindet, wird sie von einer beträchtlichen Zahl von Söldlingen erfüllt, welche von den Abolitionsgesellschaften bezahlt werden, um durch ganz Kansas die größte Aufregung zu verbreiten und fortdauernd zu machen und die friedliche Erledigung dieser Frage zu verhindern."

„Nachdem es ihnen nicht gelungen, ihre eigene sogenannte Topeka-Staatslegislatur zu bestimmen, diese Insurrektion zu organisiren, hat Lawrence selbst den Anfang gemacht und wenn ihm nicht Einhalt gethan wird, so wird der Aufstand sich bald über das gesammte Territorium verbreiten."

Und wiederum: „Um diese Mittheilung noch sofort mit der Post abzusenden, muß ich schließen, aber ich versichere Euch, daß der Geist des Aufstandes die große Masse der republikanischen Partei dieses Territoriums erfüllt und daß dieselbe, zweifelsohne von Gesellschaften des Ostens, welche die der Regierung wie der Union gefährlichsten Pläne verfolgen, angestiftet worden ist. Die fortdauernde Anwesenheit Gen. Harney's ist daher nebst — wie es ursprünglich von mir stipulirt worden war — einer starken Truppenmacht Dragoner und mehreren Batterien durchaus unumgänglich nothwendig."

Ohne noch weitere Stellen ähnlichen Inhaltes aus anderen Depeschen Gouverneur Walker's anzuführen, scheint in Bezug auf Sekretair Stanton's Mittheilung an Gen. Caß vom 9. Dezember vor. J. sich herauszustellen, daß „der wichtige Schritt, die Legislatur zusammen zu berufen", gethan worden war, nachdem Gouverneur Walker die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß die von der Convention am 21. ds. angeordnete Wahl nicht ohne Collisionen und Blutvergießen ausgeführt werden könnte."

So intensiv war das Gefühl des Ungehorsams und der Feindschaft unter den Gegnern der vom Congresse eingesetzten Regierung, daß eine Wahl, die ihnen Gelegenheit gab, wenn sie sich in der Mehrheit befanden, Kansas zufolge ihrer eigenen ausgesprochenen Wünsche zu einem Freistaate zu machen, nicht ohne Collision und Blutvergießen vor sich gehen konnte.

In der That hängen bis zu dem gegenwärtigen Momente die Feinde der bestehenden Regierung noch an der aus der revolutionairen Topeka Constitution hervorgegangenen Regierung. Der allererste Satz der Botschaft Gouv. Robinson's vom 7. Dez. an die Topeka-Legislatur, die jetzt in Lawrence versammelt ist, enthält die offenste Verhöhnung der Gesetze und der Constitution der Ver. Staaten. Der Gouverneur sagt: „Die Convention, welche die Topeka-Constitution entworfen hat, hatte ihren Ursprung in der Bevölkerung des Kansas-Territoriums. Diese hat dieselbe zweimal durch ein direktes Votum angenommen und ratificirt, gleichfalls indirekt durch zwei Wahlen von Staats-Beamten und Gliedern der letzten Legislatur — dennoch hat es der Administration beliebt, den ganzen Vorgang als revolutionair anzusehen."

Die Topeka-Regierung, der mit einer so verrätherischen Hartnäckigkeit angehangen wird, ist eine Regierung, die in direktem Gegensatze gegen die bestehende vom Congreß anerkannte Regierung steht.

Aus dieser Darlegung der Thatsachen wird es klar, warum die Feinde der vom Congreß autorisirten Regierung sich geweigert haben, für die Delegaten zur constitutionellen Kansas Convention, sowie hernach über die Frage der Sklaverei, die von jenen dem Volke vorgelegt worden, ihre Stimmen abzugeben. Der Grund ist, weil sie sich stets geweigert haben, irgend eine andere Constitution zu sanctioniren oder anzuerkennen, als die, welche in Topeka entworfen worden. Wäre die ganze Lecompton-Constitution dem Volke vorgelegt worden, so würden die Anhänger dieser Organisation ohne Zweifel gegen sie gestimmt haben, weil, wenn erfolgreich, sie so die Hindernisse aus dem Wege ihrer eigenen revolutionairen Constitution entfernt haben würden.

Sie würden dieses nicht aus Rücksicht auf die Verdienste der ganzen Lecompton-Constitution oder eines Theiles von ihr gethan haben, sondern einfach, weil sie stets der Autorität der von dem Congreß autorisirten Regierung, von der dieselbe herrührt, sich widersetzt haben.

Da dies unglücklicher Weise die Lage der Dinge im Territorium ist, so muß man fragen, was war sowohl das Recht wie die Pflicht der dem Gesetze treu bleibenden Bevölkerung? Sollte sie sich schweigend und geduldig der Topeka-Usurpation unterwerfen oder die nothwendigen Maßregeln ergreifen, um eine Constitution unter der Autorität des organischen vom Congreß erlassenen Gesetzes zu entwerfen?

Daß dieses Gesetz das Recht der Bevölkerung des Territoriums anerkannte, ohne eine dazu befähigende Acte des Congresses eine Staatsconvention zu bilden, ist zu klar, um noch eine weitere Erörterung zuzulassen. Denn der Bevölkerung des Territoriums vollkommene Freiheit zu lassen, ihre Constitution zu entwerfen und ihre inneren Einrichtungen nach eigenem nur der Constition der Vereinigten Staaten unterliegenden Gutdünken zu bilden und zu ordnen — und dann zu sagen, daß es derselben nicht gestattet sein solle, ihre Constitution in ihrer eigenen Weise zu entwerfen, ohne ausdrückliche Autorität des Congresses — scheint ein vollkommener Widerspruch zu sein.

Es würde viel plausibler sein, zu bestreiten, daß dem Congreß keine Gewalt zustand, solch' eine befähigende Acte zu erlassen, als zu behaupten, daß die Bevölkerung eines Territoriums für eine unbestimmte Zeit und bis es dem Congreß belieben möchte, ihr zu gestatten, das Recht der Selbstregierung auszuüben, aus der Union ausgeschlossen werden könnte. Dies würde heißen, nicht ihre eigene Weise anerkennen, sondern die welche der Congreß ihr vorschreiben möchte.

Es ist unmöglich, daß je irgend ein Volk mit größerer Regelmäßigkeit in der Bildung einer Constitution vorgehen könnte, als die Bevölkerung von Kansas gethan hat.

(Schluß folgt.)

Die Wirren in Mexiko.

Wie schwer, ja wie positiv unmöglich es ist, ohne das geeignete Material eine Republik zu bilden und diese Regierungsform auf die Dauer aufrecht zu erhalten, das beweisen die traurigen Zustände in Mexiko. Das geeignete Material für Republiken ist die Mündigkeit eines Volkes und dessen Befähigung, seine eigenen Angelegenheiten zu ordnen, sich selbst Gesetze zu machen und diesen Gesetzen strengen Gehorsam zu leisten. Ein Volk muß dem Gängelbande entwachsen und fähig sein, auf eigenen Füßen zu stehen. Wenn eine trefflich entworfene Constitution im Stande wäre, ein Volk frei und glücklich zu machen, so wäre Mexiko die beste Republik auf Erden, denn unter den zahlreichen Constitutionen, mit denen die Mexikaner beschenkt wurden, ist eine immer vortrefflicher, als die andere und keine läßt etwas zu wünschen übrig. Was helfen aber alle Constitutionen in der Welt einem Volke, das nicht zur Selbstregierung erzogen worden ist? Bis vor der Revolution war Mexiko eine von Spanien vollständig abhängige Colonie, deren Statthalter mit despotischer Gewalt herrschten, deren Bewohner weder an den Verhandlungen des Mutterlandes, noch an der Verwaltung der Colonie Theil nehmen konnten. In der Statthalterschaft Mexiko bildeten diejenigen spanischen Familien, die aus dem Mutterlande einwanderten und in Mexiko Reichthümer erwarben, die Honoratioren, welche von der Masse als höhere Wesen betrachtet wurden und auf den eingeborenen Pöbel mit Verachtung herabblickten. Die allgewaltige und stets monarchisch gesinnte Geistlichkeit leitete die Erziehung und beherrschte die Gewissen der Mexikaner im Sinne des Madrider Hofes. Die Basis der Volkserziehung war knechtischer Gehorsam, blinder Glaube und freudige Ergebung mit der Hoffnung auf einen bessern Zustand nach dem Tode. Als das Mißvergnügen der reichen Bodenbesitzer zu der Trennung von Spanien führte, fand die Revolution folgendes Material vor, um daraus eine Republik zu schaffen: Eine den Reichthum des Landes in Besitz habende, von der Civilmacht unabhängige Geistlichkeit, etwa sieben Millionen Indianer und Mischlinge, welche sich von den Thieren nur durch die menschliche Gestalt unterschieden, und zuletzt etwa zwei Millionen spanische Abkömmlinge, die den großen Familien anhingen und bei dem Regierungswechsel nur die Aemter im Auge hatten, durch deren Verwaltung sie Reichthümer zu erwerben hofften und denen dies oft gelang, indem sie den Staat bestahlen.

Die Zustände haben sich, seit der Gründung der mexikanischen Republik bis auf den heutigen Tag, sehr wenig gebessert, einer Präsidentschaft folgte stets die Dictatur, der Militair-Despotismus mit seinem eisernen Willen, um das Volk unter der Fuchtel zu halten.

Als die Führer der mexikanischen Revolution ihre Blicke auf die Republik der Ver. Staaten von Nordamerika richteten, um Mexiko danach zu modeln, vergaßen sie, daß die Colonieen der englischen Krone bereits 150 Jahre vor dem Ausbruche unserer Revolution Volkssouveränität und eine höchstliberale Verfassung hatten, welche ihnen eine Volkslegislatur und das Recht sicherten, ihre inneren Angelegenheiten durch selbst gemachte Gesetze zu ordnen. De facto waren die Colonisten nur abhängig, insofern anerzogenes Vorurtheil und gewisse Beschränkungen in dem Verkehr mit der Außenwelt sie dazu machten. Als der Uebermuth der Krone zu fühlbar wurde, bedurfte es nur der Unabhängigkeits-Erklärung, um das Band zu zerschneiden, welches die Colonisten an England knüpfte und der Annahme des Namens Republik, um Diejenigen zu Republikanern zu machen, die längst schon mündig waren.

Comonfort ist ein freisinniger Mann, der es bewiesen hat, daß ihm das Gedeihen und Emporblühen Mexiko's am Herzen liegt. Als Präsident der Republik suchte er den reichen Dieben auf die Finger zu klopfen und der Kirchejur über zu lassen, um eine gesundere Circulation im Staatskörper herzustellen. — Bald sah er ein, daß es ihm an einem Volke gebrach, um dieses Vorhaben erfolgreich durchzusetzen und so versuchte er denn die Dictatur, welche ihn von den lästigen Fesseln eines reactionairen Congresses befreien sollte. Er stieß auf heftigen Widerstand, nicht etwa bei Denjenigen, welche die Republik durch die Dictatur bedroht sahen, sondern bei den Reactionairen und bei der Geistlichkeit, welche sich offen für den alten Dictator Santa Anna erklärten; während Comonfort, der die Dictatur niedergelegt hat, an der Spitze der Liberalen steht, die er als General gegen seine Gegner führt, und gleichzeitig der Oberrichter Juarrez die Präsidentenwürde interimistisch ex officio verwaltet. Es heißt, Santa Anna solle sich auf der spanischen Kriegsflotte befinden, welche von Havanna ausläuft, um eine Landung an der mexikanischen Küste zu versuchen. Gelingt es dem Eindringen, den Boden Mexiko's zu betreten, so sind die Tage der mexikanischen Republik gezählt und wir können einer Proklamation des Kaisers Santa Anna, als würdiges Seitenstück des Kaisers Faustinus von Hayti, entgegensehen.

Für das mexikanische Volk wäre ein solcher Regierungswechsel kein Unglück, denn eine Monarchie ist jedenfalls der Anarchie vorzuziehen. Südlich von den Ver. Staaten giebt es auf dem amerikanischen Festlande kein Volk, das zur Selbstregierung befähigt ist und nur einen Staat, in dessen Grenzen Frieden, Ordnung und Gedeihen herrscht. Dieser Staat ist — das Kaiserreich Brasilien!

Telegraphische Depeschen,

berichtet für den „deutschen Correspondenten."

Congreß-Verhandlungen.

35. Congreß. — Erste Sitzung.

Washington, 3. Febr.

Senat. — Nach dem Schlusse unseres gestrigen Berichtes übersandte der Präsident die mit einer Botschaft begleitete Lecompton-Constitution. Der Präsident bezeichnet mit eben nicht gelinden Ausdrücken die Stadt Lawrence als die Pflanzschule der Abolitionisten und sagt, die Scheidelinie in Kansas sei nicht zwischen zwei politischen Parteien wie an andern Orten, sondern zwischen denen, die der Regierung anhingen und denen, die sich bemühen, dieselbe durch usurpirende Gewalt zu vernichten. Dann bemerkt er noch, Kansas sei heutzutage ebenso sehr ein Sklavenstaat, wie Georgia u. South-Carolina u. empfiehlt schließlich die Zulassung desselben in die Union unter der Lecompton-Constitution, als das einzige Mittel, um die Ruhe daselbst herzustellen. — Darauf beantragte Hr. Bigler den Druck der Botschaft und ihre Ueberweisung an das Comite. — Hr. Douglaß überreichte hierauf einen von dem neugewählten Gouverneur und den Staatsbeamten unterzeichneten Protest gegen die Aufnahme von Kansas in den Staatenbund nach Maßgabe der Lecompton-Constitution und beantragte die Ueberweisung des Protestes an das Comite für die Territorien. — Herr Toombs zollte dem Präsidenten großes Lob für die in dieser Botschaft an den Tag gelegte erdliche Gesinnung und bemerkte, daß er die von dem Präsidenten angegebenen Vorschläge unterstütze und behaupte, die Lecompton-Constitution sei in Gemäßheit der Gesetze formirt worden, während der Topeka-Constitution die gesetzliche Form fehle. — Darauf vertagte sich der Senat.

Im Hause der Repräsentanten wurde endlich das Gesetz bezüglich der Verwilligung des Defizits für Druckarbeiten mit 67 gegen 125 Stimmen verworfen.

Die Botschaft des Präsidenten bezüglich der Kansas-Angelegenheiten nebst der Lecompton-Constitution wurde eingesandt, worauf nach der Vorlesung derselben Herr Hughes den Antrag stellte, daß dieselbe einem Comite von 13 Mitgliedern zur Berathung überwiesen werden möchte. — Nachdem noch Herr Harris den Antrag gestellt, daß die Botschaft einem Comite überwiesen werde, um zu untersuchen, ob die Constitution dem Gesetze gemäß abgefaßt worden sei, vertagte sich das Haus.

Washington, 3. Febr.

Senat. — In der heutigen Sitzung reichte Hr. Davis ein Gesetzentwurf zur Unterstützung der im Fort Kearney, Nebraska-Territorium, vor dem 1. März 1853 stationirt gewesenen Offiziere und Privaten ein. Nachdem noch einige unwesentliche Geschäfte erledigt worden, nahm man die von gestern vorliegenden Verhandlungen wieder auf.

Hr. Wilson offerirte ein dem von Herrn Harris im Hause der Repräsentanten vorgelegten ähnliches Amendement zu dem Antrage, nach welchem die Kansas-Botschaft dem Comite für Territorien überwiesen werden soll.

Haus der Repräsentanten. — Bei Eröffnung der heutigen Sitzung zeigte der Sergeant-at-Arms dem Sprecher an, daß er laut Befehl Hrn. J. D. Williamson habe verhaften und bis auf Weiteres einsperren lassen.

Hr. Stanton stellte den Antrag, daß Hr. J. D. Williamson behufs Verhörs vor das Forum des Hauses gebracht werde, worauf der Sprecher ihm folgende Fragen vorzulegen habe:

1) Welche Entschuldigung können Sie zur Rechtfertigung ihres Nichterscheinens vor dem Comtie laut der an Sie erlassenen Aufforderung angeben?

2) Sind Sie jetzt bereit, vor dem erwähnten Comite zu erscheinen und die Ihnen vorzulegenden Fragen zu beantworten?

Der Antrag ward angenommen. Dann beantragte Hr. Stanton, daß Hr. J. D. Williamson wieder in Gewahrsam des Sergeant-at-Arms gegeben und ihm bis morgen um 10 Uhr Zeit zur Beantwortung der Fragen gelassen werde. Er begründete diesen Antrag durch die mit dem Arrestanten in Bezug auf die Angelegenheit gepflogene Unterredung. Der Antrag wurde dann angenommen.

Hierauf berichtete Hr. Glancey Jones das Gesetz bezüglich der Geldverwilligungen zur Unterhaltung der Armee.

Herr Bocock vom Comite für Marine-Angelegenheiten reichte einen Bericht des Comite's ein, welchem ein Beschluß beigefügt war, daß die Verhaftung des Generals Walker u. seiner Freibeuter in Folge der vom Marine-Departement an Comm. Paulding erlassenen Instructionen nicht autorisirt worden sei; ferner betrachtet das Comite, während es keine Veranlassung zu dem Glauben findet, daß Commodore Paulding aus unlauteren Motiven so handelte, die Verhaftung als einen großen Verstoß, den der Congreß der Ver. St. tadeln müsse.

Herr Sherman von der Minorität desselben Comite's offerirte ein Substitut in dem Sinne, daß Commodore Paulding bei Verhaftung Walker's und seiner Anhänger und durch Zurücksendung derselben nach den Ver. Staaten nur nach dem Sinne seiner Instructionen gehandelt habe und den Beifall des ganzen Landes verdiene.

Herr Seward bemerkte, er habe seine eigenen Ansichten über diese Angelegenheit und werde dieselben seiner Zeit kundgeben.

Die Berichte wurden hierauf dem Comite für die Angelegenheit der Union überwiesen.

Washington, 3. Febr.

In der gestern Abend abgehaltenen Caucus-Versammlung der demokratischen Mitglieder des Senates wurde nur die Reihenfolge der Geschäfte berathen.

Man kam dahin überein, die Botschaft des Präsidenten über Kansas dem betreffenden Comite zu überweisen und zuerst das Gesetz wegen Vermehrung der Armee zu erledigen. Es waren viele Senatoren und unter ihnen Senator Douglaß zugegen. Obgleich man sich frei und offen über die Kansas-Frage aussprach, so machte doch Niemand den Versuch, die Stimmen der Senatoren im Voraus zu verpflichten, da dies gegen die Principien verstoßen würde, die gewöhnlich derartige geheime Versammlungen der Senatoren charakterisiren. Morgen Abend findet eine ähnliche Caucus-Versammlung der demokratischen Mitglieder des Hauses statt.

Hr. J. D. Williamson, welcher heute Morgen unter Begleitung der Beamten des Hauses anlangte, giebt als Grund, weshalb er sich geweigert habe, nach Washington zu kommen, an, er habe schwere Bürgschaft stellen müssen, daß er sich nicht von New-York entfernen wolle; die Beamten des Hauses hätten ihm weder Zeit gelassen, sich mit seinem Anwalte zu berathen, noch Gelegenheit gegeben, auf einen „Habeas Corpus-Befehl" antragen zu können. Er fußt auf sein Recht in dieser Beziehung und sagt, er sei fest entschlossen, kein Zeugniß vor dem Select-Comite abzugeben, welches mit Untersuchung der wegen angeblicher Bestechung erhobenen Anklagen gegen die Mitglieder und Beamten des letzten Congresses beauftragt sei.

Die Kansas-Debatte.

Washington, 3. Febr.

Die Douglaß-Demokraten berathen sich heute Abend über die in der Kansas-Frage zu befolgende Politik. Die Republikaner hielten mehrere Caucus-Versammlungen und hatten sich dahin geeinigt, sich mit allen ihnen zu Gebote stehenden parlamentarischen Mitteln der Aufnahme von Kansas unter der Lecompton-Constitution zu widersetzen. Alle Parteien concentriren ihre Kräfte zu dem Kampfe.

Zur Zeit halten sich 10 oder 11 Indianer-Delegationen in Washington auf, um Geschäfte bei der Regierung zu erledigen.

In executiver Sitzung bestätigte der Senat heute Herrn J. Madison Coutts als zweiten Controlleur des Schatzamtes und Herrn G. Vail von New-Jersey als Consul in Glasgow.

Don Juan.

Philadelphia, 3. Febr.

Die heutige Vorstellung des Don Juan war abermals außerordentlich stark besucht. Am nächsten Mittwoch ist die Saison zu Ende und die Opergesellschaft geht dann nach Baltimore.

Politischer Streit.

Philadelphia, 3. Febr.

Die County-Convention versammelte sich heute, um Delegaten zu der nächstens abzuhaltenden demokratischen Staats-Convention zu wählen, wobei es sehr stürmisch herging. Während der Debatte über mehrere streitige Sitze fanden einige Schlägereien statt, und wurde der Tisch der Berichterstatter demolirt. Die Anti-Lecompton-Männer wurden endlich allgemein zugelassen.

Stadtwahl in Lancaster, Lancaster, Pa., 3. Febr.

Der Mayorscandidat der Anti-Lecompton-Convention, Th. Barrows, wurde heute mit 25 Stimmen Mehrheit über seinen Gegner, Zimmermann (Administrations-Demokrat) erwählt.

Abfahrt der „Europa" New-York, 3. Febr.

Heute Morgen fuhr der Dampfer „Europa" von hier mit $2,250,000 Contanten am Bord nach Liverpool ab.

Der Sturm.

Boston, 2. Febr.

Keins der beiden Dampfboote von New-York war heute Mittag hier eingetroffen. Sie sind wahrscheinlich durch den Sturm auf dem Sund aufgehalten worden.

Brand eines Krankenhauses. Cleveland, 2. Febr.

In Kingsville brannte das County-Krankenhaus heute Nacht nieder. Einer der Inwohner hatte das Feuer angelegt, wobei ein Mensch umkam und sechszehn Menschen obdachlos wurden.

Oberst Anderson und seine Leute. New-Orleans, 2 Febr.

Oberst Frank Anderson kam heute mit seinen Leuten von Key West hier an. Sie befanden sich unter Aufsicht des Ver. Staaten-Marschalls, wurden aber auf Ehrenwort bis morgen freigelassen. Sie beschweren sich sämmtlich über die schlechte Behandlung, die sie vom Commodore und von Capt. Sands zu erfahren hatten. Gen. Walker ist nach Nashville abgereist.

Brand. Mauch Chunk, 3 Febr.

Das Posthaus, die „Summit-Halle" und ein anstoßender Laden brannten heute Morgen dahier nieder. Sämmtliche im Postgebäude befindlichen Briefe wurden ein Raub der Flammen.

Neues.

Der Mord des Hrn. Chisholm in Alleghany Co., Md., ist noch nicht aufgeklärt. Der in Kingwood, Va., unter dem Verdachte der That verhaftete Mann soll unschuldig sein.

Stimmen aus Washington. — Die Republikaner drohen, im Falle der Aufnahme von Kansas mit der Lecompton-Constitution, den Bürgerkrieg in Kansas zu proklamiren, andrerseits verhehlen die Ultraisten des Südens es nicht, daß die Nicht-Aufnahme von Kansas als Sklavenstaat für sie das Signal zur Trennung der Union sei. — Ein neuer furchtbarer Stoß droht der Republik und Unterwerfung oder Gleichberechtigung des Südens ist die Losung!

In New-York wurde Maurice O'Connell, des namenlosen Angriffes und der Ermordung der alten deutschen Frau Therese Spitzlein angeklagt, schuldig befunden, aber von der ehrbaren Jury gleichzeitig der besondern Gnade des Gerichtes empfohlen.

Von New-York wird gemeldet, daß am Montag an der Küste ein heftiger Sturm wüthete. Das Dampfschleppboot „Ajax" wurde zertrümmert und die Mannschaft nur mit genauer Noth gerettet.

New York. — (Selbstentleibung.) Ernst L. Backmana, ein Deutscher, 25 Jahre alt, machte Montag Nacht in der Wirthschaft des Philipp Sommer, 370, 8. Avenue, seinem Leben mit einem Pistolenschuß ein Ende. Coroner Hills wurde sogleich benachrichtigt und hielt gestern die Leichenschau, die folgende Thatsachen ergab. Der Verstorbene boardete seit zwei Jahren in dem Hause und war seines Standes ein Schlosser. Er war aufgeweckten Sinnes und hatte nie zu erkennen gegeben, daß er mit einem so düsteren Vorhaben umgehe. Am Montag Abend kam er kurz nach 10 Uhr nach Hause, traf einige Freunde in dem Schenkzimmer, unterhielt sich mit ihnen und lud sie ein, Bier mit ihm zu trinken. Er war ungewöhnlich heiter, stand aber plötzlich auf u. verließ das Zimmer, indem er bemerkte, er werde in ein Paar Minuten zurückkommen. Gleich darauf hörte man einen Pistolenschuß u. fand Brackmann besinnungslos in der Halle liegen; er hatte sich in die Brust geschossen. Es wurde nach einem Arzt geschickt, aber der Tod erfolgte vor seiner Ankunft. Keiner von den Zeugen vermochte anzugeben, was den Verstorbenen zu der melancholischen That angetrieben habe, und die Jury ertheilte ein Verdikt auf Selbstentleibung. Der Verstorbene war unverheirathet und hatte keine Verwandte in diesem Lande. Die Leiche wurde seinen Freunden zur Beerdigung übergeben. (Stztg.)

In New-York hat sich unter den Deutschen ein neuer Arbeiterbund gebildet, welcher nächstens mit einer neuen Zeitung vor das Publikum zu treten gedenkt. Hr. E. Kapff ist Präsident desselben.

Lancaster, 1. Februar. — Die beiden Mörder, Anderson und Richards, welche ohnlängst, wie wir früher berichtet haben, in Mannheim 2 Frauen ermordet, haben die ihnen vorgelegten, aufgefundenen 2 Messer, als diejenigen anerkannt, welche sie unter einer Fence versteckt gehabt und bekannt, daß der Mord mit dem kleinern verübt ist. Dieses ist sehr scharf und bestätigt das Zeug